

Menschen mit Behinderungen: Abgeordnete fordern wirklich gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt

In einer am Mittwoch angenommenen Entschließung fordern die Abgeordneten bessere Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen für wirkliche Gleichberechtigung am offenen Arbeitsmarkt.

Obwohl sie das volle Recht haben, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, sind nur 50 Prozent der Menschen mit Behinderungen in Beschäftigung. Da Arbeitgeber*innen oft Informationen über angemessene Maßnahmen und deren praktische Anwendung fehlen, sollten EU-Leitlinien für mehr Klarheit sorgen, so die Abgeordneten. Die Entwicklung von universellen Design-Standards soll alle neuen Gebäude, Produkte und auch Arbeitsplätze für alle nutzbar machen, fügen sie hinzu.

Diversität und Zugang zum offenen Arbeitsmarkt

Die Abgeordneten fordern die Mitgliedsstaaten auf, die Einführung von verpflichtenden Diversitätsquoten zu prüfen, mit angemessener finanzieller und administrativer Unterstützung für Unternehmen, um diese Quoten zu erreichen. Die europäischen Institutionen sollen mit gutem Beispiel vorangehen und eine Diversitätsquote für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen und deren Beschäftigung auf allen Ebenen festlegen. Die Praxis, Menschen mit Behinderungen in geschützten Werkstätten zu beschäftigen, wo sie keinen Arbeitnehmerstatus haben, keinen Mindestlohn erhalten und ihnen kein Zugang zum offenen Arbeitsmarkt ermöglicht wird, verstößt gegen UN- und EU-Vorschriften und sollte abgeschafft werden, so die Abgeordneten.

Daten und Definition

Da es einen erheblichen Mangel an Daten über Menschen mit Behinderungen gibt, ist es schwierig die Situation in den verschiedenen Mitgliedstaaten zu beurteilen. Daher fordern die Abgeordneten, dass die EU in die Erhebung vergleichbarer Daten investieren muss. Die Entschließung fordert die Kommission und die Mitgliedsstaaten außerdem auf, die Definition von Behinderung zu harmonisieren und die gegenseitige Anerkennung des Behindertenstatus in den Mitgliedsstaaten sicherzustellen.

Die EntschlieÙung wurde mit 578 Stimmen bei 65 Gegenstimmen und 51 Enthaltungen angenommen.

Hintergrund

Die EntschlieÙung zieht Bilanz über die Fortschritte der EU und der Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der [UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen \(UNCRC\)](#), welche 2006 verabschiedet wurde. Die EU ist der UNCRPD im Dezember 2010 beigetreten. Für die EU in Kraft getreten ist die Konvention im Januar 2011.

In der EU sind 50,6 Prozent der Menschen mit Behinderungen erwerbstätig, verglichen mit 74,8 Prozent der Menschen ohne Behinderungen. Nicht enthalten in dieser Statistik sind Menschen, die in Einrichtungen leben oder als arbeitsunfähig gelten. 29,5 Prozent der Frauen und 27,5 Prozent der Männer mit Behinderungen sind in der EU von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, verglichen mit 22,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Menschen mit Behinderungen sind außerdem aufgrund der zusätzlichen Kosten, die mit ihrer Behinderung verbunden sind, häufiger von Armut trotz Erwerbstätigkeit betroffen als Menschen ohne Behinderung (11 Prozent gegenüber 9,1 Prozent).

Weitere Informationen

[Angenommener Text \(10.03.2021\)](#)

[Video-Aufzeichnung der Debatte \(09.03.2021\)](#)

[Auszüge aus der Debatte und Statement der Berichtsteratterin](#)

[Profil der Berichtsteratterin Katrin Langensiepen \(Grüne, DE\)](#)

[Verfahrensschritte](#)


[Video der Berichtsteratterin zur Debatte](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Kontakt

Ingelise DE BOER

Press Officer

 (+32) 2 28 33 542 (BXL)

 (+32) 470 89 04 91

 ingelise.deboer@europarl.europa.eu

 empl-press@europarl.europa.eu

 [@EPSocialAffairs](https://twitter.com/EPSocialAffairs)

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030

📱 (+49) 171 388 4775

✉ thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@europarl.europa.eu
